



Kantonsrat

Sitzung vom: 7. Dezember 2015, vormittags

Protokoll-Nr. 460

Nr. 460**Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019; Bericht und Entwürfe von Kantonsratsbeschlüssen (B 18)**

- Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2016 des Kantons Luzern. Fortsetzung Detailberatung, Schlussabstimmung

- Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2016. Detailberatung, Schlussabstimmung

Der Rat nimmt die an der Nachmittagssitzung vom 1. Dezember 2015 unterbrochene Beratung des Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016-2019 wieder auf.

Die SVP-Fraktion stellt einen Antrag auf Wortmeldungen aller Fraktionen.

Der Rat stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion mit 110 zu 0 Stimmen zu.

Fraktionsvoten

Im Namen der CVP-Fraktion spricht Yvonne Hunkeler. Die Regierung habe 21 neue Sparvorschläge ausgearbeitet. Bei über der Hälfte dieser Anträge handle es sich um Sparmassnahmen unter 100000 Franken. Die CVP sei der Meinung, solche Entscheide gehörten in die Kompetenz der Regierung und müssten nicht vom Kantonsrat beraten werden. Mit diesen Positionen hätte insbesondere ein Teil der von ihnen gewünschten Verwaltungskosten eingespart werden können. Bei den übrigen Vorschlägen seien teilweise Mengengerüste knapper kalkuliert worden, deshalb liessen sich entsprechende Nachtragskredite bereits erahnen. Es sei offensichtlich, dass in Zeiten knapper finanzieller Mittel auch knapper budgetiert werde. Dies sei der CVP schon vor der Beratung klar gewesen. Im AFP habe die CVP-Fraktion ab 2017 eine generelle Reduktion der gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgelehnt. Wenn nach der Einschätzung des Regierungsrates eine Kürzung zum heutigen Zeitpunkt und nur für 2016 möglich erscheine und damit das Budget gerettet werden könne, unterstütze die CVP diese Massnahme. Diese Unterstützung mit Wirkung im Jahr 2016 ändere aber nichts an der Haltung der CVP, dass es aus ihrer Sicht der falsche Weg wäre, in den kommenden Jahren die gemeinwirtschaftlichen Leistungen generell zu reduzieren. Weiter würde es Positionen geben, die aufgrund neuer Erkenntnisse präziser budgetiert werden könnten. Schon morgen werde dieses Budget aufgrund neuer Sachverhalte veraltet sein. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, wie sich die Einnahmenseite entwickeln werde. Man könne nur hoffen, dass mit dem nächsten AFP die Einnahmen nicht schon wieder nach unten korrigiert werden müssten. Die CVP-Fraktion habe in der bisherigen Budgetdebatte ihre thematischen Anliegen durchsetzen können. Sie habe Akzente bei den Familien, der Sicherheit und der Bildung gesetzt. Nun liege ein beschlussfähiger Sparvorschlag der Regierung vor. Die Regierung habe gezeigt, dass es möglich sei, ein gesetzeskonformes Budget zu erstellen. Die CVP werde sich in der späteren Beratung zu den einzelnen Anträgen nicht mehr äussern, ausser die Diskussion zu einzelnen Themen würde es erfordern. Die CVP wünsche eine speditive Schlussberatung des Budgets. Die CVP-Fraktion stimme den Anträgen der Regierung zu, die Rückkommensanträge der SP-Fraktion lehne sie ab. Die CVP werde dem Budget zustimmen, sofern es gesetzeskonform aus der Beratung hervorgehe.

Im Namen der SVP-Fraktion äussert sich Armin Hartmann. Die zusätzliche Sparliste des Regierungsrates löse bei der SVP einerseits Erstaunen aus, hinterlasse aber auch ein Gefühl des Unbehagens. Die SVP sei erstaunt darüber, dass gewisse Departemente innerhalb von

48 Stunden noch Luft finden würden. Luft, von der weder in der Kommission noch im Parlament je die Rede gewesen sei. Ein Unbehagen bleibe, weil man sich mittlerweile im kosmetischen Bereich befinde und Neuberechnungen, die teilweise an Taschenspieler-Tricks erinnerten, weiteren Sparvorschlägen vorgezogen würden. Die im Betrag kleinen Vorschläge lasse die SVP hier unkommentiert und unterstütze diese ohne Wortmeldungen. Auch die Kürzung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen beim Luzerner Kantonsspital unterstütze die SVP. Grosse Vorbehalte habe die SVP gegenüber den Anträgen aus dem BILDUNGS- UND KULTURDEPARTEMENT aufgrund von korrigierten Mengengerüsten. Auf der einen Seite könne die SVP nicht verstehen, warum Mengengerüste im Bildungsbereich so schwierig einzuschätzen seien. Diese Diskussion werde zu gegebener Zeit an einer anderen Stelle zu führen sein. Auf der anderen Seite finde die SVP die nachträgliche Anpassung der Mengengerüste vom Ansatz her äusserst fragwürdig. Die SVP sei sich bewusst, dass es sich bei einem Voranschlag immer um eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt des Regierungsratsbeschlusses handle. Die Welt drehe sich bis zur Behandlung im Kantonsrat weiter und viele Zahlen seien zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch den Kantonsrat nicht mehr aktuell. Einige Zahlen würden sich verbessern, andere verschlechtern. Die SVP finde es aber problematisch, wenn einige Globalbudgets herausgepickt würden, die sich verbessert hätten und damit das Budget scheinbar verbessert werde. Die Anpassung sei deshalb kritisch, weil sich im Budget auch Verschlechterungen finden liessen, diese aber nicht berücksichtigt würden. Das Budget werde systematisch verfälscht, das Ergebnis dürfte überschätzt werden. Die SVP bedaure weiter, dass es der Regierungsrat nicht geschafft habe, den Kürzungsantrag der PFK im Bereich Hochbauinvestitionen durch geeignetere Sparbeiträge zu ersetzen. Der Erhalt der Substanz sei wichtig, deshalb seien Kürzungen bei den Investitionen nur mit grosser Zurückhaltung in Betracht zu ziehen. Die nun ausformulierten Folgen seien in ihren Augen aber vertretbar, auch deshalb, weil die SVP einem Neubau des kantonalen Labors grundsätzlich kritisch gegenüberstehe. Trotz der genannten Vorbehalte bleibe die SVP bei ihrer Position. Das Budget 2016 sei aus bekannten Gründen ein Notbudget. Es gehe darum, eine Grundlage für den Haushalt 2016 zu schaffen und den Weg für einen guten KP 17-Prozess frei zu machen. Es sei in den Augen der SVP nicht sinnvoll, wenn der Prozess KP 17 zusätzlich mit einer Pendenz des überarbeiteten Budgets 2016 überlagert werden müsste. Die SVP sei mit den Vorschlägen des Regierungsrates nicht glücklich. Unter Würdigung der Gesamtumstände sei sie aber bereit, die Reihen um das Budget 2016 zu schliessen und sämtlichen Anträgen der Regierung zuzustimmen. Die Rückkommensanträge der SP lehne die SVP ab. Wie im normalen Leben sei auch in der Politik die Wiedereröffnung einer Baustelle nur dann sinnvoll, wenn neue Erkenntnisse vorliegen würden. Dies sei beim Budget 2016 ihrer Meinung nach nicht der Fall. Die Aussetzung der Schuldenbremse sei für die SVP keine Option. Gemäss der Eidesformulierung seien die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten des Amtes gewissenhaft zu erfüllen. Der Kantonsrat habe sich verpflichtet, die Gesetze einzuhalten und zu befolgen. Eine Aushebelung der Schuldenbremse und damit des FLG widerspreche dieser Verpflichtung in eklatanter Weise. Die SVP ziehe einen Strich unter das Budget 2016. Sie unterstütze die Anträge der Regierung und werde, sofern diese Anträge angenommen würden, dem Budget 2016 in der Schlussabstimmung zustimmen. Die SVP sei neu in der Regierung vertreten und sei bereit, die ihr übertragene Verantwortung zu tragen. Andere Fraktionen müssten dies heute erst noch beweisen.

Im Namen der FDP-Fraktion spricht Damian Hunkeler. Die Regierung habe letzten Donnerstag die neuen Anträge für ein gesetzeskonformes Budget den Fraktionsvorsitzenden zugestellt. Die FDP-Fraktion habe von Anfang an betont, wie wichtig die Verabschiedung eines gesetzeskonformen Budgets sei. Aus Sicht der FDP seien die Vorschläge der Regierung bis auf jene aus dem Bildungs- und Kulturdepartement tragbar. Deshalb werde die FDP allen Anträgen zustimmen. Die Vorschläge aus dem Bildungs- und Kulturdepartement hätten denselben Charakter wie jener Vorschlag der SP, der eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 4,25 Millionen Franken verlange. Die offenbar plötzlich gefundenen Mengenenabweichungen seien aus Sicht der FDP verwunderlich. Die FDP mache die Regierung darauf aufmerksam, dass sie Ende 2016 keinen Nachtragskrediten aus diesem Bereich zustimmen werde. Die FDP-Fraktion habe gehofft, dass man die 1,75 Millionen Franken aus dem Bereich Immobilien anderweitig hätte einsparen können, sie werde diesen Entscheid aber mittragen. Die Rückkommensanträge der SP-Fraktion lehne die FDP ab. Die FDP werde sich zu den Anträ-

gen nicht mehr äussern und dem Budget in der Schlussabstimmung, sofern es gesetzeskonform sei, zustimmen.

Im Namen der SP-Fraktion spricht Ylfete Fanaj. Letzte Woche sei die Budgetberatung wegen einer Differenz von 2,5 Millionen Franken unterbrochen worden. In der weiteren Beratung habe diese Budgetdiskussion einen neuen Höhepunkt der Absurdität erlangt. Es zeige sich einmal mehr, dass die technokratischen Leistungen der Regierung, etwas hochzuhalten, top seien, strategisches, konzeptionelles und politisches Handeln dagegen ein Flop. Den meisten Vorschlägen fehle die Ausgabenrelevanz und sie stellten nur Kosmetik dar. Mit ihrem Antrag über die Anpassung der Steuereinnahmen ver falle die SP nicht in dieselbe Unlogik. Sie wolle nur aufzeigen, wie absurd diese Diskussion geworden sei und wie simpel und vertretbar es wäre, grösste Fehler zu vermeiden. Es sei peinlich, dass der Rat bei einem Milliardenbudget über Beträge von 10000 Franken befinden müsse. Zähle man die Beträge zusammen so stelle man fest, dass wiederum Bildung, Soziales und Gesundheit am meisten betroffen seien. Die SP finde es nicht akzeptabel, dass das Parlament nicht ernst genommen werde, und dass die Regierung Anträge vorschlage, die bereits vor einer Woche deutlich abgelehnt worden seien. Die SP finde es fragwürdig, dass es der Regierung nach der fast abgeschlossenen Budgetdebatte auffalle, dass man Beträge bei der IPV korrigieren müsse. Die SP-Fraktion lehne alle Anträge ab. Dies auch, um ihrem Unmut über diese Extrarunde kund zu tun. Die SP fühle sich verschaukelt. Deshalb werde sie sich nicht auf diese für ein Parlament unwürdige Debatte einlassen. Ausser zur IPV und den gemeinwirtschaftlichen Leistungen werde sich die SP nicht äussern. Mit ihren Rückkommensanträgen möchte sie all jenen, denen die Sorge um behinderte Menschen etwas bedeute und die zur Bildung stehen würden, die Möglichkeit bieten, ihren Fehlentscheid zu korrigieren.

Im Namen der Grünen Fraktion äussert sich Michael Töngi. Die Debatte der letzten Woche habe gezeigt, dass die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form ausgedient habe. Um eine exakte Budgetzahl einhalten zu können, habe der Rat sogenannte Schuldbürgerstreiche durchgeführt und von ausserordentlichen Massnahmen und einem Notbudget gesprochen. Die Grüne Fraktion könne dazu nur sagen, dass es sich um das falsche Vokabular und die falsche Politik handle. Die Schuldenbremse solle nicht mehr eingehalten werden und anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017 überarbeitet werden. Die Schuldenbremse des Kantons Luzern sei in der NZZ als extrem rigide beschrieben worden. Die neuen Sparvorschläge des Regierungsrates seien aus Sicht der Grünen Fraktion schwierig zu beurteilen. Innerhalb kurzer Frist seien drei Millionen Franken zusammengekratzt worden und häufig gehe es um Mengengerüste. Zwischen der Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat bis zur Behandlung durch den Kantonsrat würden immer sowohl positive wie negative Veränderungen vorkommen. Die negativen Veränderungen würden hier aber fehlen. Es handle sich also nur um Augenschere mit dem Ziel, ein gesetzeskonformes Budget vorweisen zu können. Die Grüne Fraktion finde den Antrag über die Erhöhung der Steuereinnahmen attraktiv. Damit könnte das Budget mit einem Schlag ausgeglichen werden. Bei drei Fraktionen die Freude darüber gross, dass die Schuldenbremse eingehalten werden könne. Die Grüne Fraktion frage sich aber, was man damit gewonnen habe. Das Budget werde so reduziert, dass sich für den nächsten Herbst bereits Nachtragskredite abzeichnen würden. Die Grüne Fraktion lehne die Anträge der Regierung ab, weil es sich dabei um Kosmetik handle und es nicht ersichtlich sei, wie man auf diese Zahlen gekommen sei. Da es sich um ein verkürztes Verfahren handle, hätten in den Kommissionen keine Beratungen dazu durchgeführt werden können. Es sei wohl noch ein langer Weg, bis der Kanton Luzern eine andere Finanzpolitik einschlage. Dazu müssten grundsätzliche Fragen, wie die der Schuldenbremse, geklärt werden. Gerade im sozialpolitischen Bereich sei kein Entgegenkommen der bürgerlichen Parteien zu spüren gewesen, deshalb werde die Grüne Fraktion das Budget ablehnen.

Im Namen der GLP-Fraktion nimmt Urs Brücker Stellung. Beim Budgetieren handle es sich um eine inexakte Wissenschaft. Ausgaben könnten genauer als Einnahmen geplant werden. Der Regierungsrat habe dem Rat ein gesetzeskonformes Budget vorgelegt. In den Kommissionen und im Rat sei stundenlang über Anträge diskutiert worden. Am Schluss sei daraus ein Fehlbetrag gegenüber der Schuldenbremse über 4,25 Millionen Franken resultiert. Der Regierungsrat präsentiere nun Vorschläge, um diesen Fehlbetrag auszugleichen. Die Regierung sei richtigerweise auf keine abgelehnten Sparmassnahmen zurückgekommen und habe

auch keine Anpassungen auf der Einnahmenseite vorgeschlagen. Die GLP-Fraktion werde dem mit den neuen Anträgen der Regierung ergänzten Budget zustimmen. Die Rückkommensanträge der SP lehne die GLP ab.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, der PFK seien diese Anträge nicht vorgelegen. Deshalb könne er keine dazu Stellung nehmen.

Im Namen des Regierungsrates erklärt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, ein Budget beruhe auf Annahmen und werde auf einen Stichtag hin erstellt. Danach gehe die Zeit weiter, darum komme es in einem Budget immer zu Verbesserungen und Verschlechterungen. Er wehre sich dagegen, dass das Budget nicht seriös sei, dafür habe man zu lange dafür gearbeitet. Ein Budget sei in der Regel bis auf fünf Prozent genau. Das Budget des Kantons bewege sich bezüglich Genauigkeit sogar im Promillebereich. Die Schuldenbremse sei tatsächlich restriktiv, aber schliesslich habe der Rat die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen damals selber verabschiedet. Um das Budget wieder ins Lot zu bringen seien Verbesserungen von 1,75 Millionen Franken in der Investitionsrechnung und von 2,5 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung notwendig gewesen. Aufgrund dieser Zahlen seien die entsprechenden Anträge ausgearbeitet worden. Zu den Mengengerüsten würden tatsächlich keine neuen Erkenntnisse vorliegen, aber man habe noch etwas enger budgetiert. Armin Hartmann sei erstaunt darüber gewesen, dass im Budget scheinbar noch Luft übrig gewesen sei. Ein Budget verfüge immer über einen minimalen Spielraum, diesen brauche es aber, um damit Verschlechterungen korrigieren zu können. Irgendwann komme aber der Punkt, an dem keine Verschlechterungen mehr kompensiert werden könnten. Das sei der Preis des harten Budgetierens. Die Einsparung bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen sei auf den Umbau der Kantonsapotheke zurückzuführen: Der koordinierte Sanitätsdienst könne infolge Platzmangels sein Material vorübergehend nicht aufstocken. Der Regierung halte an den neu formulierten Anträgen fest, so könne das Budget wieder ins Lot gebracht werden. Er bitte deshalb den Rat, diesen Anträgen zuzustimmen.

Der Rat fährt mit der Detailberatung der Anträge weiter.

H9-4061-FD–Steuern

David Roth stellt den folgenden Antrag: "Die Einnahmen im Bereich Fiskalertrag sind um 4'250'000 Franken zu erhöhen." Der Rat diskutiere heute über einen Fehlbetrag von 4,25 Millionen Franken. Dieser Betrag liege 0,1 Prozent neben dem Budget und mache 0,4 Prozent der Steuereinnahmen aus. Die Anträge der Regierung seien hilflos, unseriös und willkürlich. Einzelne Anträge seien aufgrund des gesetzlichen Auftrags schon im Voraus zum Scheitern verurteilt und eine Budgetüberschreitung sei vorprogrammiert. Daran ändere auch die Aussage der FDP, dass sie keine Nachtragskredite mittrage, nichts. Man könne auch die Schülerzahlen nicht im Nachhinein nach unten korrigieren. Bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen riskiere man bestehende Strukturen zu gefährden. Zwar kaufe die Apotheke im Moment weniger ein, das ändere sich aber nach dem Umbau wieder. Bei der individuellen Prämienverbilligung werde der Fehlbetrag bei den Schwächsten der Gesellschaft abgeholt. Anstatt sinnlose Anträge durchzuwinken, die Ende Jahr in Nachtragskredite mündeten, könnte bei den Steuern höher budgetiert werden, davon sei die SP-Fraktion überzeugt. Auf die Höhe der Steuereinnahmen habe man Einfluss und sollte man sich in diesem Posten verschätzen, so werde dies nicht zu übersehen sein. Indem man heute nicht umsetzbare Anträge bewillige, setze man indirekt die Schuldenbremse aus. Stimme man den Anträgen der Regierung zu, verschleierte man das ganze Budget und mache sich selbst und dem Volk etwas vor.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Einmal mehr werde ihm vorgeworfen, er budgetiere zu tief. Er frage sich, wie David Roth auf die Idee komme, dass die Fiskalerträge höher als budgetiert ausfallen könnten. Scheinbar gehe er davon aus, dass sich die Steuerbehörde einfach verschätzt habe. Bei den Fiskalerträgen handle es sich immer um eine Schätzung, die aber aufgrund seriöser Abklärungen erfolge.

Der Rat lehnt den Antrag von David Roth mit 87 zu 23 Stimmen ab.

H0-4020-FD–Stabsleistungen FD

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 15'000 Franken reduziert werden (Personalaufwand aus der Übernahme des AB 4021 FD - Finanzausgleichs wird im Departementssekretariat FD teilweise kompensiert)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 88 zu 23 Stimmen zu.

H0-4040-FD–Dienstleistungen Personal

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 50'000 Franken reduziert werden (Reduktion Sachaufwand beim Case Management, bei den Dienstleistungen Dritter und beim Support SAP)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 88 zu 23 Stimmen zu.

H0-4060-FD–Dienstleistungen Steuern

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 75'000 Franken reduziert werden (Reduktion beim Personalaufwand [verzögerte Neuanstellung] und bei den Dienstleistungen Dritter)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 89 zu 23 Stimmen zu.

H0-4071-FD–Immobilien

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 30'000 Franken reduziert werden (Reduktion Unterhalt Liegenschaften)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 89 zu 23 Stimmen zu.

H0-6610-JSD–Stabsleistungen

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 10'000 Franken reduziert werden (Reduktion Sach- und übriger Betriebsaufwand, Honorare Dritte)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 88 zu 23 Stimmen zu.

H1-6620-JSD–Polizeiliche Leistungen

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 60'000 Franken reduziert werden (Reduktion Staatsbeiträge, konkret an die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch wegen konstanter Schülerzahl und tieferer Rechnung)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 89 zu 23 Stimmen zu.

H1-6630-JSD–Militär, Zivilschutz und Justizvollzug

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 60'000 Franken reduziert werden (Reduktion Sach- und Betriebsaufwand, Honorare Dritte)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H1-6640-JSD–Strassen- und Schifffahrtswesen

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 25'000 Franken reduziert werden (Reduktion diverse Positionen Sach- und übriger Betriebsaufwand)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H1-6650-JSD–Migrationswesen

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 10'000 Franken reduziert werden (Reduktion diverse Positionen Sach- und übriger Betriebsaufwand)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H1-6690-JSD–Strafverfolgung

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 30'000 Franken reduziert werden (Reduktion diverse Positionen Sach- und übriger Betriebsaufwand)."
Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 90 zu 23 Stimmen zu.

H1-7010-JSD–Gerichtswesen

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget 2016 soll um 45'000 Franken reduziert werden (Reduktion Personalaufwand). Betrifft in der Aufteilung Leistungsgruppen (S. 153) das Total Aufwand Kantonsgericht, welches entsprechend auch um 45'000 Franken reduziert wird."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H2-3200-BKD–Volksschulbildung

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 300'000 Franken reduziert werden (Minderaufwand bei Transferbeiträgen aufgrund knapper kalkuliertem Mengenaufkommen)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H2-3300-BKD–Gymnasiale Bildung

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 150'000 Franken reduziert werden (Minderaufwand bei Transferbeiträgen aufgrund knapper kalkuliertem Mengenaufkommen und voraussichtlichem Mehrertrag)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H2-3400-BKD–Berufs- und Weiterbildung

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 300'000 Franken reduziert werden (Mehrerträge vom Bund)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H2-3500-BKD–Hochschulbildung

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 295'000 Franken reduziert werden (Minderaufwand bei Transferbeiträgen aufgrund knapper kalkuliertem Mengenaufkommen)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H5-5011-GSD–Sozialversicherungen

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget wird um 500'000 Franken reduziert (Nettoanteil eines höheren Bundesbeitrags IPV). Der Bundesbeitrag an die IPV sei gemäss den aktuellsten Informationen des BAG um 1 Million Franken zu erhöhen (Sachkonto 46305102). Dadurch werden die Belastungen des Kantons und der Gemeinden um je 500'000 Franken gesenkt."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab. Es sei offensichtlich und werde in der Botschaft explizit formuliert: Die Krankenkassenprämienverbilligung sollten nach Belieben weiter gekürzt werden. Die zweckgebundenen zusätzlichen Gelder aus der Bundeskasse gehörten jenen, die eine echte Prämienverbilligung zugute hätten. Die CVP habe anlässlich der Budgetdebatte zum Thema Bildung erklärt, dass sie die Familien nicht zusätzlich belasten wolle. Deshalb appelliere sie vor allem an die CVP, diesen Antrag abzulehnen. Die SP könne es nicht verantworten, dass das Budget um eine halbe Million Franken gekürzt werde, damit die gesprochenen Prämienverbilligungsgelder für die Sanierung der desolaten Kantonsfinanzen verwendet würden. Das sei unverantwortlich, weil auch die Gemeinden entsprechend weniger bezahlen würden. Für die Bezugsberechtigten, vor allem aber für Familien, bedeute dies eine doppelte Verschlechterung. So würden die Schwächsten der Gesellschaft für die Steuersenkungen der Unternehmen bezahlen. Das sei nicht nur verantwortungslos sondern unanständig.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Der Betrag für die Prämienverbilligung werde nicht gekürzt, sondern der Bund habe erst Ende Oktober zusätzlich eine Million Franken gesprochen. Dadurch würden die Belastungen des Kantons und der Gemeinden um je 500'000 Franken gesenkt.
Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 89 zu 23 Stimmen zu.

H4-GSD-5020–Gesundheit

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget wird um 370'000 Franken reduziert. Kürzung Gemeinwirtschaftliche Leistungen LUKS."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Yvonne Zemp erklärt, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen seien eine Abgeltung für zusätzliche Leistungen, die das Kantonsspital für den Kanton erbringe. Die geplante Einsparung betreffe den Sanitätsnotruf und die Notfallversorgung. Die Regierung müsse glaubwürdig darstellen können, dass diese Einsparung nicht zu einer Unterversorgung führen werde.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 85 zu 25 Stimmen zu.

H7-2030-BUWD–Raum und Wirtschaft

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 45'000 Franken reduziert werden (Reduktion Sach- und übriger Betriebsaufwand)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 91 zu 23 Stimmen zu.

H7-2040-BUWD–Umwelt und Energie

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 65'000 Franken reduziert werden (Reduktion Sach- und übriger Betriebsaufwand)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 90 zu 23 Stimmen zu.

H8-2020-BUWD–Landwirtschaft und Wald

Der Regierungsrat stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget soll um 65'000 Franken reduziert werden (Reduktion Transferaufwand, KOA 36372008 Beiträge Pflege Unterhalt Natur- und Landschaftsschutz)."

Ylfete Fanaj lehnt den Antrag des Regierungsrates namens der SP-Fraktion ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrates mit 89 zu 23 Stimmen zu.

Es folgt die Behandlung der ausgesetzten Anträge 10 und 11 (siehe auch Protokoll Nr. 447).

H0-4071-FD–Immobilien

Die PFK reicht folgenden Antrag ein: "Die Nettoinvestitionen bei den Sachanlagen seien um 1,75 Mio. Franken zu reduzieren."

Michael Töngi und Beat Züsli beantragen, den Antrag der PFK abzulehnen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, um ein gesetzeskonformes Budget vorlegen zu können, habe die PFK gemeinsam nach Lösungen gesucht. Daraus sei dieser Antrag entstanden, dem die PFK grossmehrheitlich zugestimmt.

Beat Züsli lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Dieser Antrag zeige exemplarisch die Absurdität der Schuldenbremse auf. Dieser Betrag sei willkürlich zustande gekommen.

Das Instrument der Schuldenbremse sei zur Reduktion der Schulden geschaffen worden.

Der Kanton Luzern habe praktisch keine Schulden. Der Sinn und der Zweck seien zum grössten Teil abhandengekommen. Trotzdem halte die Mehrheit des Rates an diesem Instrument fest und schlage finanzpolitische Kapriolen zur Rettung des Budgets. Der Rat mache sich damit zum Sklaven einer eigenen Regelung, obwohl er die Möglichkeit hätte, diese abzuschaffen oder auszusetzen. Die SVP habe in diesem Zusammenhang an die Verfassungsmässigkeit appelliert. Der Rat habe im Rahmen des Budgets aber über verschiedene Punkte diskutiert, bei denen die Verfassungsmässigkeit nicht mehr gegeben sei, etwa im Sozialbereich oder bei der Denkmalpflege.

Michael Töngi lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Vor allem beim Unterhalt der Hochbauten bestehe ein Nachholbedarf. Deshalb sei es falsch, genau in diesem Bereich Kürzungen vorzunehmen. Zudem seien anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017

weitere Einsparungen im Bereich Hochbau absehbar. Der Zustandswert der Gebäude sei eigentlich nicht tragbar für einen Kanton, deshalb solle man von dieser Kürzung absehen. Im Namen des Regierungsrates erklärt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, es handle sich um einen Korrekturantrag, deshalb sei der Betrag vielleicht etwas willkürlich. Die Massnahmen dahinter seien aber durchdacht. Der Zustandswert der Gebäude sei von 73 auf 80 Prozent gesteigert worden. Die Aufhebung der Schuldenbremse sei mehrmals verlangt worden, da der Kanton Luzern keine Schulden habe. Der Begriff Schulden sei vielfältig. Der Kanton Luzern verfüge über ein Fremdkapital von 2,3 Milliarden Franken. Der grosse Teil davon sei zu verzinsen. Spätestens wenn die Zinsen wieder steigen würden, müsste der Kanton 20 bis 40 Millionen Franken mehr für die Zinslast bezahlen. Dieses Geld könne besser in die Bildung oder die soziale Wohlfahrt investiert werden. Der Rat überweist den Antrag der PFK mit 90 zu 23 Stimmen und lehnt somit den Antrag von Michael Töngi und Beat Züsli ab.

Titel und Ingress sowie Ziffern 1 und 2 werden gemäss Detailberatung angenommen.

Rückkommensanträge

Andy Schneider beantragt, auf den folgenden Antrag 26 zurückzukommen: "Das Globalbudget sei um 2'200'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Pensenreduktion infolge Verkürzung des Schuljahres um eine Woche soll verzichtet werden.)*" Die SP-Fraktion möchte diesen Fehlentscheid korrigieren. Auf die Zwangsferien sowohl bei den Gymnasien wie auch bei der Berufsbildung zu verzichten. Selbst die Neue Zürcher Zeitung kommentiere die Zwangsferien als konzept- und kopfloses Sparen. Der Zentralpräsident der Berufsbildung zeige sich schockiert über diese Massnahme. Der Imageschaden könne nur durch eine Kehrtwendung korrigiert werden. Pensenreduktionen seien nicht gesetzeskonform und würden gegen den verfassungsmässigen Grundsatz der Gleichbehandlung verstossen. Der Rat lehnt den Antrag von Andy Schneider mit 85 zu 23 Stimmen ab.

Andy Schneider beantragt, auf den folgenden Antrag 27 zurückzukommen: "Das Globalbudget sei um 1'800'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Pensenreduktion infolge Verkürzung des Schuljahres um eine Woche soll verzichtet werden.)*" Im Interesse der Berufsbildung sollte man den Entscheid der letzten Woche zurückkommen. Der Rat lehnt den Antrag von Andy Schneider mit 89 zu 23 Stimmen ab.

Susanne Truttmann beantragt, auf den folgenden Antrag 43 zurückzukommen: "Auf die Massnahme „lineare Kürzung SEG-Pauschale von 1%“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 700'000 Franken zu erhöhen." Im Namen der SP-Fraktion beantrage sie, aufgrund kommunikativer Ungereimtheiten auf den Antrag zurück zu kommen. Dazu bedürfe es weiterer Ausführungen. Auch im Bereich der SEG-Institutionen sei die Kommunikation des Regierungsrates wenig transparent und kohärent gewesen. Der Rat habe den Sparauftrag von 5 Prozent aufgeteilt auf 2,5 Prozent im Jahr 2015 und auf 2,5 Prozent im Jahr 2016. Trotzdem hätten die Einsparungen schlussendlich nicht allen Institutionen zugemutet werden können. Was gewisse Institutionen nicht zu hätten leisten können, werde nun anderen aufgebürdet, um den Ausfall aufzufangen. Womit jene, die für die Kompensation mehr zu leisten hätten, in ihrer Nachhaltigkeit ebenfalls geschwächt würden. Abgesehen davon, dass der Kanton in seiner Steuerung so falsche Anreize setze, drehe hier eine verhängnisvolle Abwärtsspirale. Nachdem also mit der Umsetzung der zweiten 2,5 Prozent bereits einige Schwierigkeiten im kommunikativen Nebel stecken geblieben seien, wolle der Rat aus Respekt vor dem "Mantra Schuldenbremse" ein weiteres Prozent an den SEG-Institutionen sparen. Dass nun Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf in Luzerner SEG-Institutionen dafür bezahlen müssten, damit die Schuldenbremse aufgehe, sei respektlos, unverantwortbar und gehe der SP entschieden zu weit. Die SP-Fraktion erwarte, dass der Kantonsrat und der Regierungsrat Verantwortung übernehmen würden gegenüber Menschen mit Behinderung, gegenüber deren Angehörigen und gegenüber allen Mitarbeitenden in den sozialen Einrichtungen. Deshalb beantrage sie Rückkommen auf Antrag 43. Der Rat lehnt den Antrag von Susanne Truttmann mit 78 zu 22 Stimmen ab.

Wortmeldung

Giorgio Pardini sagt, der Rat habe eineinhalb Tage über das Budget debattiert und versucht, ein ausgeglichenes Budget zu erarbeiten. Dabei habe man alles über die Globalbudgets abgewickelt, ohne dabei die Auswirkungen auf die Gesellschaft zu berücksichtigen. Der Kanton Luzern verfüge über eine Bilanzsumme von 5,3 Milliarden Franken und über eine Erfolgsrechnung von 3,6 Milliarden Franken. Heute seien wieder Massnahmen beschlossen worden, die den Kanton Luzern nicht vorwärtsbringen und ihn unattraktiv machen würden. Der Rat sei nicht gewillt, der Realität in die Augen zu schauen. Die Gesellschaft ändere sich und wachse, dadurch würden die Aufgaben komplexer. Der Kanton müsse dieser Entwicklung Rechnung tragen. Er sei zuversichtlich, dass die kommende Generation diese Fehler korrigieren werde. Er werde das Budget ablehnen.

Fraktionserklärungen

Ylfete Fanaj erklärt, wie zu erwarten habe es sich um eine intensive Debatte mit knappen Resultaten gehandelt. Der ganze Prozess seit dem Sommer und die absurde Unterbrechung der Budgetdebatte hätten dafür gesorgt, dass das Vertrauen in die Luzerner Politik etwas verloren gegangen sei. Luzern sei nun nicht nur bei der Unternehmenssteuer an erster Stelle, sondern auch beim Politzirkus. In einigen Bereichen wie bei der Bildung und der Polizei, habe die SP schlimmeres verhindern können. Beim nun vorliegenden Budget handle es sich um ein "Abbau-Budget". Die SP-Fraktion könne es nicht einfach so hinnehmen, dass die IPV angesichts der steigenden Krankenkassenprämien pauschal gekürzt worden seien, schliesslich treffe diese Massnahme vor allem Familien. Es sei unhaltbar, dass auf dem Buckel der Jugendlichen gespart werde, indem nächstes Jahr die Gymnasien und die Berufsschulen eine Woche schliessen müssten. Die zusätzliche Einsparung bei den SEG-Institutionen mache das Budget für die SP untragbar. Viele Betroffene und ihre Familien würden durch diese Sparmassnahmen unhaltbaren Belastungen ausgesetzt. Die rote Linie, die mit der Vorlage der Regierung massiv überschritten worden sei, habe der Rat nur in Teilen korrigiert. Aus diesem Grund müsse die SP das Budget ablehnen. Mit Sorge habe die SP die Führungsschwäche der Regierung zur Kenntnis genommen, die Hilf- und Ratlosigkeit, die sich breit mache, das zeige sich auch in der Kommunikation gegen aussen. Man spüre auch eine Uneinigkeit innerhalb der Regierung. Der Kanton Luzern habe primär ein Einnahmenproblem. Auch andere Kantone würden rote Zahlen schreiben, doch deren Regierungen seien kommunikativer und souveräner. Der Rat trage eine hohe Mitverantwortung an der aktuellen Situation und dem noch zu erarbeitenden Konsolidierungsprogramm KP 17. Die SP fordere seit längerem eine nachhaltige Politik die allen zugutekomme und nicht nur einzelnen. Heute sei die Zeit dafür sei leider noch nicht reif gewesen. Die SP werde ihren Einsatz im Rat für einen attraktiven und lebenswerten Kanton weiterführen. Ebenso werde sie ihren Einsatz mit ausserparlamentarischen Mitteln fortsetzen. Dem Kanton Luzern werde mit dem jetzt eingeschlagenen Weg zu gegebener Zeit die Rechnung präsentiert. Die SP-Fraktion lehne das Budget geschlossen ab.

Ludwig Peyer erinnert daran, dass die Regierung dem Rat im Oktober ein in gewissen Teilen ungeniessbares Budget präsentiert habe. Die Ursachen seien bekannt, das Wegfallen der NFA-Gelder. Der CVP sei es aber immer noch unerklärlich, dass man diese Entwicklung nicht früher vorausgesehen habe. Das Amtsverständnis der CVP lasse es nicht zu, ungeniessbare Teile eines Budgets einfach durchzuwinken. Deshalb habe die CVP auf die drei Themen Sicherheit, Familien und Bildung gesetzt. Heute habe sich gezeigt, dass es auch in schwierigen Zeiten möglich sei, über Inhalte zu reden und nicht nur über Excel-Tabellen. Die CVP habe zusammen mit anderen Fraktionen bereits vor zwei Jahren die Sparmassnahmen im Bereich der Familien und den SEG-Institutionen erfolgreich zur Sprache gebracht. Trotzdem sei es ein Armutszeugnis, wenn einige kantonale Schulen für eine Woche schliessen müssten, weil zu wenig Geld für die Löhne vorhanden sei. Die Ursache liege nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmenseite. Es sei eine Tatsache, dass der Kanton sowohl ein Ausgaben- als auch ein Einnahmenproblem habe. Die CVP erwarte nach ihrem Ja zum Budget eine Finanzstrategie, die ihrem Namen gerecht werde. Darin müssten klare Aussagen zu den Ausgaben, den Einnahmen und der Schuldenbremse enthalten sein. Nur so komme der Kanton wieder in finanziell ruhigere Gewässer. Luzern habe sich in den vergangenen Jahren erstaunlich entwickelt, daran sei auch die Steuerstrategie beteiligt gewesen. Das solle so bleiben. Der Kanton müsse aufpassen, dass er seinen guten Ruf bezüglich Steuerklima nicht aufs Spiel setze, indem seine staatlichen Leistungen an Qualität einbüßen würden.

Michèle Graber erklärt, dass niemand wirklich glücklich über den vorliegenden Voranschlag sei. In vielen Bereichen hätte man gerne mehr Geld gesprochen. Es wäre einfacher gewesen, spendabel zu sein, denn niemand gelte gerne als herzlos. Eine Mehrheit des Rates werde ihre Verantwortung wahrnehmen und dem Budget zustimmen. Mit einer solchen Budgetberatung habe niemand gerechnet. So hätte der Rat bei einem Voranschlag von 3,5 Milliarden Franken über Beträge von 10000 Franken abstimmen müssen. Andererseits sei das Budget mit der Anpassung von Mengengerüsten wieder ausgeglichen worden und die Schuldenbremse könne eingehalten werden. Die zukünftige Finanzlage sei düster. Der Kanton müsse jährlich mindestens 110 Millionen Franken einsparen, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Dazu seien in Zukunft Einsparungen und zusätzliche Einnahmen notwendig. Sie sei überzeugt, dass sich der gesamte Rat darüber im Klaren sei, dass es nicht ausreichen werde, nur auf der Ausgabenseite zu sparen. Die Ausgaben würden massiv weitersteigen, gerade im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich. Dieser Tatsache könne man sich nicht verschliessen, jetzt müsse gehandelt werden. Vielleicht wären dazu auch einige gesetzliche Anpassungen notwendig. Bei der Schuldenbremse sehe die GLP-Fraktion einen Handlungsbedarf, schliesslich habe sie sich schon immer sehr kritisch zu diesem Thema geäussert. Die jährlichen Vorgaben sollten einmal überprüft und nötigenfalls angepasst werden. Die Definition des Schuldenbegriffs im Allgemeinen sollte genauer unter die Lupe genommen werden. Handle es sich dabei um eine absolute Grösse und dürften gar keine neuen Schulden gemacht werden? Oder lasse eine Wachstum auch eine Neuverschuldung zu? Die GLP-Fraktion habe viele Anträge entgegen ihrer Überzeugung mitgetragen, zugunsten eines Schuldenbremse-konformen Budgets. Konsequenterweise stimme die GLP dem Budget trotz Mängeln zu.

Monique Frey sagt, der Rat befinde über ein Budget mit massiven Einsparungen beim Personal, bei der Bildung, den gemeinwirtschaftlichen Leistungen bei den Spitälern, den individuellen Prämienverbilligungen, den Behindertenorganisationen, dem Hochbau, der Polizei und beim Natur- und Landschaftsschutz und zu guter Letzt sogar bei Kugelschreiber und Papier. Einige Einsparungen würden auch Familien treffen. Gerade im Bereich der SEG-Institutionen würden die Einsparungen auch engagierte Angehörige von Behinderten treffen. Heute habe man versucht das Budget so zu korrigieren, dass es schlussendlich schuldenbremskonform sei. Dabei handle es sich um Augenwischerei. Man renne förmlich in eine nicht schuldenkonforme Rechnung, Nachtragskredite würden sich bereits jetzt abzeichnen. Die Grüne Fraktion habe vergebens vorgeschlagen, die Schuldenbremse auszusetzen, bis das weitere Vorgehen klar sei. Im Juni werde auf jeden Fall das Konsolidierungsprogramm KP 17 folgen. Die Grüne Fraktion habe es heute als sehr störend empfunden, über Anträge entschieden zu müssen, die nicht vorher durch die Kommission beraten worden seien. Der Kanton Luzern sei mittlerweile zum Gespött der Nation geworden. Das hätte vermieden werden können, indem man etwa die zusätzliche Ferienwoche an den Gymnasien und den Berufsschulen abgelehnt hätte. Der Kanton müsse sich weiterentwickeln, die benötigten Leistungen sollten von allen finanziert werden, nicht nur von den Einwohnerinnen und Einwohnern, sondern auch von den Unternehmen. Die Grüne Fraktion traue dem Parlament nicht und habe deshalb Initiativen in den Bereichen öV, Bildung und Gesundheit lanciert. Die erste Abstimmung finde nächstes Jahr statt, dabei gehe es um die Unternehmenssteuern. Hier wolle die Grüne Fraktion eine Umkehr der Steuerstrategie des Kantons erwirken. Sie sei überzeugt, dass das Volk der Initiative zustimmen werde. Die Grüne Fraktion lehne das Budget ab.

Guido Müller erinnert daran, dass der Rat selber über seine Finanzpolitik entschieden habe, dazu gehöre auch die Schuldenbremse. Falls der Kanton wieder Schulden anhäufen würde, müsste er sie auch zurückzahlen. Schulden müssten verzinst werden. Zwar seien die Zinsen im Moment sehr tief, aber das werde sich wieder ändern. Monique Frey habe erwähnt, dass inzwischen sogar bei Kugelschreiber und Papier gespart werden müsse. Dabei scheine die Grüne Fraktion die Erfindung einiger technischer Hilfsmittel zu verkennen, durch welche Kugelschreiber und Papier überflüssig geworden seien. Solche Beispiele herbeizuziehen, sei deshalb müssig. Man habe sich von allen Seiten bemüht, das Budget retten zu können. Vielleicht müsste man sich auch einmal mit dem Begriff "Ausgabenbremse" auseinandersetzen. Die CVP finde es an der Zeit, dass auch die Einnahmen überdacht werden sollten. Die Einnahmen müssten tatsächlich überdacht werden, aber ohne dabei die möglichen Konsequenzen zu vergessen. So könne eine Steuererhöhung bei gewissen Personengruppen auch neue Abhängigkeiten vom Staat schaffen, das müsse vermieden werden. Anlässlich des

Konsolidierungsprogrammes 2017 müssten die Aufgaben des Staates geklärt werden: Welche Leistungen müsse und könne der Staat erbringen und was dürften sie kosten? Die Schuldenbremse müsse eingehalten werden, aber auch eine Ausgabenbremse könnte in Betracht gezogen werden.

Hans Stutz sagt, aus dem Thema Schuldenbremse könnten verschiedene Schlüsse gezogen werden. Eine Folgerung daraus könnte eine Steuererhöhung sein, weil der Staat seine gesetzlich beschlossenen Leistungen nicht einhalten könne. Armin Hartmann habe darauf hingewiesen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden müssten. Mit den beschlossenen Massnahmen würden aber einige gesetzliche Leistungen nicht eingehalten, etwa beim Datenschutz. Deshalb könnte der Rat auch bei der Schuldenbremse etwas vor- und nachgeben. Die Schuldenbremse sei veränderbar, schliesslich habe der Rat sie auch selber beschlossen. Das Einnahmenproblem müsse nun tatsächlich zur Sprache gebracht werden, die CVP schein in zwischen auch dieser Meinung zu sein. In den letzten Jahren habe ein Wirtschaftswachstum stattgefunden, davon sollte auch der Staat profitieren können. Die Einwohnerzahl im Kanton sei gestiegen, was wiederum zu grösseren Ausgaben führe. Die juristischen Personen hätten in den vergangenen Jahren von einer solch grossen Entlastung profitiert, die der Staat heute nicht mehr verantworten könne.

Susanne Truttman sagt, es existiere eine Lobby für die Wirtschaft, die Hauseigentümer und die Automobilisten. Wo aber bleibe das Lobbying für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen? Es lasse Raum zu Fragen, wenn auch die CVP auf Sparbedarf statt auf Betreuungsbedarf setze.

David Roth sagt, er wage einen Ausblick auf das Budget 2017. Das Budget des Kantons betrage 3,7 Milliarden Franken, nach Abzug von Transferbeiträgen und internen Verrechnungen bleibe eine Milliarde Franken übrig. Nächstes Jahr müssten 110 Millionen Franken gespart werden. Es könnten aber noch 30 Millionen Franken mehr dazu kommen, falls die Nationalbank keine Gelder auszahle. Es werde nicht möglich sein, beim kantonalen Budget 140 Millionen Franken einzusparen. Das Wasser stehe dem Kanton Luzern bis zum Hals. Eine Korrektur bei den Steuereinnahmen sei deshalb unumgänglich.

Im Namen des Regierungsrates nimmt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann zu einigen Punkten Stellung. Einige hätten gesagt, der Kanton Luzern sei das Gespött der Nation. Dem könne er nur entgegen, dass etwas mehr Selbstvertrauen nicht schaden würde. Es seien auch Beispiele aus anderen Kantonen herangezogen worden, dabei sei aber einiges ungesagt geblieben. So habe der Kanton Luzern schon vor 15 Jahren die Pensionskasse ausfinanziert. Andere Kantone hätten dies noch vor sich. Der Kanton habe in den letzten Jahren viel erledigt, was anderen Kantonen noch bevorstehe. Unsere Defizite in der Erfolgsrechnung seien gegenüber anderen Kantonen geradezu klein. Es sei von einem Stillstandbudget gesprochen werden, dem könne er nicht zustimmen. Die Finanzstrategie sei politisch vereinbart und mit der Totalrevision des damaligen Finanzhaushaltgesetzes gesetzlich verankert worden. Anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017 würden Massnahmen sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite geprüft. Die Regierung habe die Arbeit dazu aufgenommen. Das Gesetz über die Finanzen und Leistungen (FLG) werde evaluiert und dem Rat zu einer Teilrevision unterbreitet. Unter anderem werde auch die Schuldenbremse ein Thema dieser Teilrevision sein. Der Kanton Luzern habe sich bereits gut auf die Unternehmenssteuerreform III vorbereitet. Mit den entsprechenden Entscheiden des Bundesparlamentes sei im nächsten halben Jahr zu rechnen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2016 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 89 zu 23 Stimmen zu.

Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2016

Titel und Ingress sowie Ziffern 1 und 2 werden in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2016, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 103 zu 0 Stimmen zu.